

Unterstützung Einführung optionaler Online-Mitgliederentscheid

Beschluss aus der Landesvorstandssitzung vom 11. März 2016

Beschluss:

Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen beschließt, folgenden Antrag beim kommenden Bundesparteitag in Magdeburg einzureichen:

Antrag: Für die Einführung eines optionalen online-Mitgliederentscheids

Der Parteivorstand wird beauftragt, die nötigen formalen und technischen Voraussetzungen zu schaffen, um Mitgliederentscheide, **die keine Personalentscheidungen zum Gegenstand haben**, in unserer Partei künftig neben der analogen Abstimmung mit Briefen auch als Onlineabstimmung durchführen zu können. Dabei soll die Möglichkeit der Onlineabstimmung die Abstimmung mit Briefen nicht ersetzen, sondern als Wahlmöglichkeit neben diese treten. Genoss*innen sollen künftig die Möglichkeit erhalten, sich frei zu entscheiden, ob sie bei Mitgliederentscheiden entweder analog mit Brief oder online abstimmen sollen.

Der Parteivorstand wird in diesem Zusammenhang ferner gebeten zu prüfen, ob mit der Verschickung der Unterlagen für den ersten Mitgliederentscheid nach Einführung der Onlineabstimmungsoption die Möglichkeit besteht, bei allen Genoss*innen abzufragen, ob die technischen Voraussetzungen für eine Beteiligung an Onlineabstimmungen gegeben sind.

Es wird darum gebeten, dass auch die Landesverbände die technischen Instrumente und das Knowhow für den Online-Mitgliederentscheid nutzen können.

Begründung:

Bisher kennt unsere Partei den Mitgliederentscheid ausschließlich als analoge Abstimmung. Diese ist mit nicht unerheblichem personellem und finanziellem Aufwand verbunden. Eine Umstellung auf eine Onlineabstimmung würde genau dieses Manko erheblich reduzieren und einen Mitgliederentscheid einfacher und attraktiver machen. Gleichzeitig muss jedoch bedacht werden, dass es nicht auszuschließen ist, dass eine erhebliche Zahl von Mitgliedern unserer Partei, besonders in den östlichen Landesverbänden, bei einer reinen Onlineabstimmung schwer oder kaum partizipieren könnte, da möglicherweise entweder die nötigen technischen Grundkenntnisse, die nötige

Hardware und/oder ein Internetzugang fehlen. Wird ein Onlinemitgliederentscheid als freiwillige Abstimmungsoption eingeführt, die es den Mitgliedern offen lässt, ob diese via Brief oder online abstimmen wollen, würde dies dem Ziel der Reduzierung des Aufwands für einen MGE Rechnung tragen, aber gleichzeitig verhindern, dass Genoss*innen von der Teilhabe an einem MGE ausgeschlossen werden. Seriöse Wissenschaftler*innen nennen das eine „Win-Win“-Situation :)

Politische Botschaft: DIE LINKE ist eine Mitgliederpartei. Entsprechend sollen basisdemokratische Mitwirkungs- und Entscheidungsmöglichkeiten verbessert werden.

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit: Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)

Weitere Maßnahmen: Einreichung für den BPT

Finanzen: -

Die Vorlage wurde abgestimmt mit: -

Den Beschluss sollen erhalten: Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinator

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

F.d.R.

Dresden, 16.03.2016



Antje Feiks
Landesgeschäftsführerin

Bemerkungen:

Die technischen Instrumente für die hier vorgeschlagene Art der Online-Abstimmungen sind

- a.) vorhanden;
- b.) preiswert;
- c.) recht einfach zu realisieren;
- d.) bereits erprobt.

Eine solche Software würde nachvollziehbare Abstimmungen mit Möglichkeit der Überprüfung der eigenen Stimmenabgabe sicherstellen.